Vorübergehender Schutz und Teilhabe der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine

Ich heiße Afina Albrecht und ich komme aus der Ukraine. Ich bin eine der Vorständinnen des UAKS e. V. und arbeite bei der Bürgerstiftung Stuttgart.

Seit meiner Jugend bin ich ehrenamtlich tätig, damals in der Ukraine und aktuell in Deutschland. Seit dem Beginn des vollumfänglichen Angriffskrieges auf die Ukraine bin ich voll und ganz in die Unterstützung der Ankommenden und Aufnehmenden eingebunden. Im Netzwerk Ukraine der Stadt Stuttgart engagiere ich mich und habe gemeinsam mit Vertreter:innen diverser Ämter und Organisationen eine Hotline der Stadt gestartet, Massenunterbringungen begleitet, viele Projekte und Netzwerke ins Leben gerufen, diverse Anmelde- und Registrierungsprozesse mitgesteuert und viel mit Ämtern zu tun gehabt.

Geflüchtete aus der Ukraine sind in unterschiedlichen Kontexten in der Öffentlichkeit präsent.

Wenn man auf die ukrainische Geflüchtete, ihre Erfahrungen und Bedürfnisse seit Februar 2022 schaut, hat sich einiges verändert und verschoben. Ich schaue darauf gerne in Phasen:

1. Phase – große Ankunftselle. Die Hauptaufgaben der Ehren- und Hauptamtlichen waren, die damaligen Bedarfe zu decken: Unterbringung (irgendwo), basische Versorgung, Essen, ärztliche Versorgung, überall dolmetschen und aufklären. Die Massenunterkünfte wuchsen in Stuttgart wie Pilze aus dem Boden, und die Ehrenamtlichen, die im Dauermodus arbeiteten, waren die Lösung für viele Aufgaben.

2. Phase – Registrierung in den Ämtern, Eröffnung der Bankkonten.

Viele Ukrainer:innen nannten diese Zeit die „Legalisierung“ in Deutschland. In dieser Phase war die allgemeine Erfahrung eine beispielhafte Offenheit der aufnehmenden Gesellschaft und die Bereitschaft zu helfen und unterzubringen. Gerade am Beispiel Stuttgarts habe ich erkannt, dass wir hier eine sehr aufnahmefähige Gesellschaft haben. Viele Ukrainer:innen waren sprachlos von dieser Offenheit und dem Maß an Unterstützung – die Gesellschaft, aber auch der Staat unterstützt Menschen einfach so. Ich sah auch, wie fähig manche Ämter in Sachen Vereinfachung sind! Auf einmal gingen einige Prozesse in einer neuen Form, unter anderem vereinfachte Anträge. Das war sicherlich nicht nur in Stuttgart so. Umso mehr sollten wir daraus lernen und diese Vereinfachungen in die neue Normalität übernehmen.

3. *Phase – Sprache.* Start der Sprachkurse, Integrationskurse sowie bei den Kindern und Jugendlichen die ersten Vorbereitungsklassen und Einschulungen.

4. *Phase – Orientierung und Engagement.* Mit jeder Begegnung und jeder Interaktion verstanden die Ukrainer:innen mehr von der aufnehmenden Gesellschaft und den Prozessen und wurden dadurch in unterschiedlicher Art und Weise aktiviert: manche fanden Arbeit, Minijobs, Aushilfsjobs, andere starteten eine Ausbildung, manche fanden im Ehrenamt ein Mittel zur Selbstwirksamkeit und Integration. Die meisten lernen weiterhin Deutsch.

Die allgemeine Erfahrung aus den Phasen 3 und 4 würde ich eher als Ernüchterung bezeichnen. Dabei meine ich beide Seiten – die aufnehmende und die ankommende Gesellschaft. Die Ukrainer:innen haben die Erwartungen an Deutschland nicht erfüllt, sprechen nicht alle perfekt Deutsch, sind nicht für jede Arbeit offen und wünschen sich sinnvolle Beschäftigungen gemäß ihrer Werdegänge, anstatt die Lücken des nicht qualifizierten Arbeitsmarktes zu schließen. Die Ukrainer:innen sind durch die bürokratische Maschinerie in Deutschland ernüchtert, erschrocken und bezweifeln, dass sie sich hier jemals dauerhaft rechtlich sicher fühlen werden.

Vorübergehender Schutz und Teilhabe der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine

Nichtsdestotrotz wenn ich die Geflüchteten aus der Ukraine in Kategorien aufteilen müsste, würde ich aktuell folgende nennen. Es gibt Ukrainer:innen, die ...

- ... aktuell bereits arbeiten – egal ob in einem qualifizierten oder einem einfacheren Job und die die dafür notwendige Sprache bereits beherrschen.
- ... auf der Jobsuche sind, nach einer sinnvollen Arbeit streben und sich wirklich mit der deutschen Sprache auseinandersetzen und sich integrieren wollen, weil sie sich entschieden haben, erstmal in Deutschland zu bleiben.
- ... latent sind und latent bleiben werden – aus unterschiedlichen Gründen – weder die Sprache lernen noch sich in Richtung Integration bewegen.
- ... aus guten Gründen an Integration verhindert sind: Senior:innen, behinderte Menschen; ganz großer Anteil – alleinerziehende Mütter mit Kleinkindern, die sich rund um die Uhr um die Kinder kümmern müssen.

Jugendliche betrachte ich stets separat. Aus meiner Sicht gibt es folgende Kategorien:

- Jugendliche, die bereits aktiv sind, sich für das neue Land interessieren, engagieren und die deutsche Sprache gut lernen.
- Jugendliche, die sowohl die deutsche als auch die ukrainische Schule besuchen, weil sie nicht wissen, in welchem Land sie auf die Universität gehen werden. Es gibt kein Abkommen im Bereich Anerkennung der Abschlüsse in beide Richtungen. Die Jugendlichen gehen also in beide Schulen und sind dadurch außerordentlich überlastet.
- Jugendliche, die die deutsche Sprache nicht lernen wollen (aus Protest, aufgrund Traumas und psychischer Belastung usw.) und die auch nicht mehr an der ukrainischen Schule sind. Diese

Jugendlichen werden höchstwahrscheinlich keine Abschlüsse erhalten, auch wenn sie keineswegs dumm sind.

Der größte Bedarf der Geflüchteten, mit denen ich massenweise spreche, ist aktuell die Verbesserung der Sprache, sinnvolle Beschäftigung und die Erarbeitung einer Perspektive für das Leben zwischen Deutschland und der Ukraine. Ich sage bewusst – zwischen zwei Ländern, denn für viele ist es immer noch schwer, sich für ein Land zu entscheiden. Dort (in der Ukraine) herrscht der Krieg und ein Teil der Familie befindet sich noch dort, hier (in Deutschland) fehlt die Perspektive, die Sprache ist schwer, usw. In meinem Bekanntenkreis schwankt es ununterbrochen zwischen der Rückkehr in die Heimat und dem Verbleib in Deutschland. Doch sollte man diesen Aspekt vielleicht gar nicht so sehr in den Mittelpunkt rücken!

Aus den Arbeitsgruppen und aus der Community kann ich folgende Herausforderungen in Sachen Ankommen und Integration in Deutschland berichten:

- Die Sprache ist ausschlaggebend, das ist mittlerweile überall angekommen. Das Zertifikat B1 oder B2 mit dem entsprechenden Wissen der meisten Ukrainer:innen entspricht nicht den Erwartungen der Arbeitgeber:innen, daher braucht es viel mehr Sprachübung und Sprachkompetenz, die leider wiederum ohne Arbeit, und somit zuhause nur schlecht zu erlernen ist.
 - Viele Menschen hatten nie Vorstellungsgespräche oder einen ähnlichen Bewerbungsprozess wie wir ihn hier kennen, sie können sich grundsätzlich nicht vorstellen, brauchen Support in dem Bewerbungsprozess, denn sie wissen einfach nicht, wohin und als wer sie mit ihrem Erfahrungsschatz gehen sollten. Das steigert die psychische Belastung und mindert das Selbstvertrauen der Menschen.
 - Die große Aufgabe ist es, mit dem Erfahrungsschatz aus der Ukraine eine Berufsstrategie in Deutschland zu erarbeiten,

Vorübergehender Schutz und Teilhabe der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine

unter Berücksichtigung der noch mangelhaften Sprachkenntnisse, wenig Ahnung über deutsche Mentalität und äußerst schwierige Prozesse der Anerkennung der Abschlüsse (viele Lehrer:innen, Erzieher:innen, Ärzt:innen werden anderwärtig beschäftigt und werden kaum in die qualifizierte Arbeit genommen, die Prozesse sind sehr starr und schwer zu meistern). Wenn wir nicht lernen, in Deutschland von diesem äußerst utopischen Standard abzuweichen, werden wir in der Schönheit sterben.

- Status- und Aufenthaltsfragen: Der § 24 AufenthG wurde nun erneut verlängert, aber der Titel selbst wird nicht erneuert. Den Arbeitgeber:innen reichen keine Begleitschreiben oder Anrufe aus dem entsprechenden Amt aus, was bedeuten könnte, dass die Menschen ihre Arbeit verlieren könnten oder die Arbeitsverträge nicht bekommen würden, weil eben sie keinen visuell gültigen Aufenthaltstitel haben.

Ein Vorschlag an dieser Stelle: Über Arbeitgeberverbände die Informationen besser streuen und somit die Last wegnehmen. Oder einen Stempel oder Aufkleber den Geflüchteten anbieten, die es brauchen, dies gerne per Post verschicken.

Dazu kommt die Hauptfrage des integrationsfähigen Teils der Geflüchteten – was tritt nach der Richtlinie 2001/55/EG (Massenzustrom-Richtlinie) in Kraft? Viele Menschen versuchen derzeit, ihren Status zu wechseln und ein Arbeitsvisum zu bekommen; dieser Übergang ist nicht einfach. Die Überlastung der Ausländerbehörden, vor allem in Stuttgart, hat bereits Schlagzeilen in den öffentlichen Medien gemacht. Das wird sich vermutlich noch einmal wiederholen, sollten einige Millionen Menschen ins AsylbLG fallen.

Ein weiterer Vorschlag an dieser Stelle: Über die Beratungsstellen, Jobcenter und allgemeine Schreiben die Möglichkeiten des Spurwechsels erläutern. Es ist beinahe unmöglich, sich eigenständig durch alle Gesetze in Deutschland zu orientieren.

Es wird auch Gruppen geben, die keine alternative Spur haben werden:

Es gibt im Moment viele Gruppen der Geflüchteten aus der Ukraine, die in die Lücke fallen werden, sobald § 24 AufenthG nicht mehr greift und das übrige Aufenthaltsrecht greifen wird. Diese Gruppen sind beispielsweise:

- Ältere Menschen, die keine Aussicht auf eine standardmäßige deutsche Aufenthaltserlaubnis haben. Dazu gehören intuitiv die Rentner:innen, aber auch Menschen, die älter als 45 Jahre sind, die sehr hohe Gehälter für die Fachkräfte-Aufenthaltserlaubnis bräuchten.
- Junge Menschen, die eine Ausbildung begonnen haben oder bald beginnen, aber keine Aussicht auf eine vollständige Selbstversorgung ohne staatliche Hilfe haben, und somit auch keine Aussicht auf die Aufenthaltserlaubnis zum Studium haben.
- Menschen, die zwar für sich selbst sorgen, aber keiner qualifizierten Arbeit nachgehen, sodass für sie die Fachkräfte-Aufenthaltserlaubnis nicht in Frage kommt.

Es ist an dieser Stelle auch wichtig zu verstehen, dass im Fall von ukrainischen Geflüchteten diese Kategorien miteinander und mit den dazugehörigen Sozialleistungen interagieren. Es gibt viele Fälle von Mehrgenerationenhaushalten: Großeltern, Eltern/Tanten, Kinder (zum Teil volljährig) leben gemeinsam. Selbst wenn beispielsweise die Eltern arbeiten, besteht ihr Anspruch auf Wohnung und einen Lebensunterhalt nur auf Grund von verschiedenen Sozialleistungen. Ebenfalls wird aus Aufenthaltsrecht der Großelterngeneration nicht dadurch begründet, dass die Eltern oder Kinder gut integriert sind, so Igor Podolskiy, der sich ehrenamtlich im Verein Wolja Stuttgart engagiert.

- Darüber hinaus haben wir ca. 260.000 wehrpflichtiger Männer in Deutschland, deren Pässe eines Tages ablaufen werden, und

Vorübergehender Schutz und Teilhabe der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine

die aufgrund der Kriegsverweigerung ohne Papiere bleiben werden. Unabhängig davon, was wir hier darüber halten, wird es eine Aufgabe für die Verwaltung sein.

An der Stelle sind die Erwartungen bzw. die Empfehlungen deutlich:

- Die Strategien der Spurwechsel sollten möglichst frühzeitig erläutert werden, dafür stehen auch Ehrenamtliche bereit und werden mit allem möglichen unterstützen. Es ist wichtig, diese Aufenthaltsrechte von vorn herein für mehrere Jahre verbindlich zu definieren – sonst führt das wieder zu der Unsicherheit, wie wir sie derzeit erleben.
- Wenn Deutschland Fachkräfte anziehen will, sollten die Anerkennungsprozesse vereinfacht, entbürokratisiert und beschleunigt werden. Es müssen praxisnahe Anerkennungsprozesse anstelle theoretischer und langer bürokratischer, starrer Prozesse etabliert werden.
- Die integrationsfähigen Geflüchteten aus der Ukraine, die ihr Leben in Deutschland fortsetzen wollen, sollten so behandelt werden, als wären sie von einem der anderen europäischen Länder. Die Menschen, die hier sind, und die entsprechende Integrationsleistungen vorweisen, müssten auch ein dauerhaftes oder zumindest mehrjähriges Aufenthaltsrecht erhalten, solange andere Fachkräfte-Aufenthaltsurlaubsnormen nicht greifen.

Zu guter Letzt will ich grob die Herausforderungen in Bezug auf Rückkehr in die Heimat ansprechen:

- Keine klare Rückkehrperspektive in die Ukraine – wann endet der Krieg? Habe ich noch ein Ort, um zurückzukehren? Wollen sie mich überhaupt noch oder bin ich, für sie Verräter:in? Oder ist mein Zuhause nun Russland, und ich kann nicht dahin zurückkehren?

Afina Albrecht

- Die Ost-Ukrainer:innen, die ihr Zuhause bereits zwei Mal verloren haben, tendieren grundsätzlich zur Bleibe irgendwo außerhalb der Ukraine, denn dieser Doppelverlust prägt sie stark.
- Die Eltern der Kinder, die die ukrainische Schule verlassen haben und jetzt an deutschen Schulen sind, werden erstmal hierbleiben wollen, damit die Kinder ihre Abschlüsse erwerben können und nicht wieder alles abbrechen und neu anfangen müssen.
- Der Verlust der Verbindung zur Heimat (beispielsweise aufgrund gebrochener Familien) gekoppelt mit starken Schuldgefühlen vermindert die Rückkehrwahrscheinlichkeit.

Aktuell liegt der Fokus (ohne Betrachtung der Ausländerbehörde, der Aufenthaltstitel usw.) sehr stark auf der Integration. Was mir allerdings viel besser gefallen würde, ist, wenn wir an dieser Stelle über die Entwicklung einer gelungenen hybriden Identität bei Geflüchteten aus der Ukraine sprechen würden, denn viele Menschen werden zwischen zwei Ländern leben. Es ist schwer, beinahe unmöglich, sich für ein Land zu entscheiden. Nicht jetzt. Eines Tages wird die Ukraine auch in der EU sein, und viele Fragen werden sich somit entschärfen, aber bis dahin ist noch ein langer, steiniger Weg.

Und zum Schluss habe ich ein paar Punkte mitgebracht, die die Ukrainer:innen über die deutsche Gesellschaft sagen. Ich fange ausnahmsweise mit einem Punkt zur Ukraine an: Die Ukraine begeistert mit ihrer Digitalisierungsstrategie und ihrem Fortschritt; dort sind alle möglichen Abläufe in der Verwaltung viel einfacher und über das eigene Handy möglich. So viele Briefe wie in Deutschland hat kein:e Ukrainer:in jemals erhalten ...

Und jetzt die Punkte für Deutschland:

Vorübergehender Schutz und Teilhabe der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine

- Viele Kulturen leben so offen und friedlich miteinander in Deutschland! Das ist für die Ukrainer:innen beispielhaft.
- Frauen- und Männerbilder – die Chancengleichheit, die Position der Frauen, die Möglichkeiten für Frauen und auch die Teilhabe der Männer am Familienleben; die Sichtbarkeit von Vätern auf den Straßen begeistert die Frauen aus der Ukraine.
- Respekt in Bezug auf die Menschenrechte (inkl. LGBTQ+) – von gesellschaftlicher Offenheit bis hin zu Christopher Street Day mitten in der Stadt
- Ehrenamt als Basis des gesellschaftlichen Miteinanders, die Vielzahl and Fördermöglichkeiten für soziale und kulturelle Projekte, das allgemeine Interesse an sozialen Themen und die sich immer wieder bietende Gelegenheiten, durch Ehrenamt aktiv zu bleiben.
- Demokratie, viele Parteien und Interesse an den politischen Prozessen; die Menschen vertrauen hier ihren Behörden, und die Behörden sind für ihre Menschen da.
- Viel Empowerment seit der Kindheit und ein großer Fokus auf Eigenverantwortung
- Kindererziehung grundsätzlich ganz anders – die Kinder dürfen hier schlichtweg viel mehr und wachsen psychisch gesünder auf.

Deutschland kann es, und es kann vieles noch besser! Es ist an der Zeit, dass wir alle, die an den Prozessen in irgendeiner Form beteiligt sind, gemeinsam an den Lösungen arbeiten und nicht darauf warten, dass irgendjemand irgendwann irgendwo eine Lösung parat haben wird. So viel Potenzial, Wissen, Erfahrung und Vision, die wir nur in diesem einen Raum haben, dies kann doch in einer Gemeinschaftsaktion sicherlich zu einem Fortschritt führen. Dabei meine ich gar nicht die allergrößten Lösungen für alle Probleme, sondern ein, zwei Schritte, die jeder von uns aus diesen Hohenheimer Tagen hier nach Hause mitnehmen und umsetzen kann.

Afina Albrecht

Ich will nicht aufhören, an die Gesellschaft Deutschlands zu glauben!
Ich bin überzeugt, dass wir gemeinsam fähig sind! Ich habe es bereits
erlebt. Danke sehr.

Informationen zur Autorin

Die gebürtige Ukrainerin Afina Albrecht lebt in Stuttgart und leitet das
Projekt „Stärkung der Zivilgesellschaft in der Ukraine“ bei der Bürger-
stiftung Stuttgart. Seit der letzten Kommunalwahl hat sie ein Mandat im
Stuttgarter Gemeinderat.

Schlagwörter

Empowerment, Perspektivenwechsel, Massenzustrom-Richtlinie